



SPD



Newsletter von
Johann Saathoff, MdB
mit Berichten aus Berlin und der Region

Norden, 10.07.2014

www.johann-saathoff.de

Ausgabe 07 / 2014

Mein mitbringer!

In den letzten zwei Wochen vor der parlamentarischen Sommerpause ging es noch einmal hoch her in Berlin. Wichtige und richtungweisende Entscheidungen standen an - so wurden endlich ein flächendeckender Mindestlohn, das EEG und das Rentenpaket auf den Weg gebracht. Das sind alles sozialdemokratische Initiativen. Aber auch im Wahlkreis habe ich an diversen Terminen, Gesprächen und Veranstaltungen teilgenommen. Über

alle Entscheidungen und Termine gebe ich wie immer einen kleinen Einblick in diesem Newsletter.

Ich wünsche Euch und Ihnen allen einen wunderbaren Sommer und einen erholsamen Urlaub. Ich freue mich darauf, den einen oder anderen bei den in dieser Zeit stattfindenden Terminen im Wahlkreis zu treffen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht



Grünes Licht für den Mindestlohn

mehr dazu auf Seite 2...



Mindestlohn beschlossen

Mit der Einführung des Mindestlohns von 8,50 Euro setzen wir ein zentrales Projekt der SPD um und gehen gleichzeitig in Deutschland einen historischen Schritt.

Durch ein allgemeines nationales Mindestlohnregime wird zum ersten Mal eine Lohngrenze nach unten verbindlich festgelegt. 2012 arbeiteten mehr als 5 Millionen Menschen für einen Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro. Das wird es in Zukunft nicht mehr geben. Die Tarifbindung hat in den letzten 30 Jahren in Deutschland abgenommen.

Indem wir die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtern, stärken wir die Tarifautonomie in Deutschland. Die Regeln, die so in gemeinsamer Verantwortung von Gewerkschaften und Arbeitgebern für Betrieb und Branche ausgehandelt werden, können künftig wieder für alle Unternehmen gelten, auch die, die ansonsten nicht tarifgebunden sind. Damit können viele Menschen von tariflichen Regelungen zu Urlaub, Fortbildung und betrieblicher Altersvorsorge profitieren.

Die Aushöhlung der Tarifpartnerschaft unterbinden wir damit, die Flucht aus gemeinsam festgelegten vernünfti-

gen Mindeststandards wird erschwert.

Auch die künftige Entwicklung des Mindestlohns sollen Gewerkschaften und Arbeitgeber bestimmen. Sie werden gemeinsam über die Anhebung des Mindestlohns entscheiden.

Der Mindestlohn wird auch für Zeitungszusteller, Saisonarbeitskräfte und Praktikanten mit abgeschlossener Berufsausbildung oder abgeschlossenem Studium gelten.



Die Regelung, nach der Arbeitgeber bei der Einstellung von Langzeitarbeitslosen in den ersten sechs Monaten vom Mindestlohn abweichen können, wollen wir bereits im Jahr 2016 auf den Prüfstand stellen.“

Bereit mit der „Ja“-Stimmkarte für die namentliche Abstimmung über den Mindestlohn im Plenum .

EEG verabschiedet

Mit der Verabschiedung des EEG 2014 stellen wir die Weichen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien in den kommenden Jahren. Unsere Prämissen für die Fortschreibung des EEG lauten Versorgungssicherheit, Planbarkeit und Bezahlbarkeit.

Die Förderung von Windkraft an Land und Photovoltaik hat in den vergangenen Jahren hervorragend funktioniert. Die Onshore-Windkraft ist nun aber den Kinderschuhen entwachsen und kann Strom deutlich günstiger produzieren als noch vor einigen Jahren. Fehlallokationen und Überförderungen wollen wir abbauen, denn sie kos-

ten den Stromverbraucher unnötig Geld. Deshalb werden wir hier die Vergütung an die Kosten annähern. Der Neubau von Erneuerbaren-Energieanlagen wird die Stromkosten dadurch künftig deutlich weniger belasten und der Strompreis für alle Verbraucher dadurch nicht steigen. Gleichzeitig ist es an der Zeit, dass die Erneuerbaren weiter an den Markt herangeführt werden. Größere Anlagen werden deshalb zukünftig ihren Strom direkt verkaufen. Auch dadurch wird die EEG-Umlage entlastet.

Mit den Ausbaukorridoren wird der Ausbau der Erneuerbaren planbar und berechenbar voranschreiten. Das ist vor allem für den Netzausbau von Bedeutung.

Gerade bei der Windkraft an Land ist das Ausbauziel weiterhin ambitioniert. Und bei der Windkraft auf See kann der Ausbau nun endlich wieder Fahrt aufnehmen, damit wir das für 2020 angepeilte Ziel von 6,5 Gigawatt in Nord- und Ostsee erreichen können. Die Photovoltaik kann weiterhin wachsen und auch Biogas wird seinen Platz im zukünftigen Energiemarkt finden.

Ab Herbst werden wir uns mit den Themen Strommarktdesign, Speicher und Systemintegration beschäftigen. Auch hier wird es um den Netzausbau gehen, denn wir wollen die Leitungen bauen, ohne die wir nicht auskommen.

Ostfriesland kann auf jeden Fall weiter von den Erneuerbaren Energien profitieren.



Gespräch über die Wohnraumproblematik auf den Ostfriesischen Inseln

„Wie bleiben Wohnungen auf den niedersächsischen Inseln für die Insulaner und dort Beschäftigte bezahlbar?“ oder „Was kann die Politik dagegen tun, dass zunehmend Ferienwohnungen geschaffen werden, die überwiegend von Auswärtigen gekauft und fast ausschließlich als Zweitwohnungen eigengenutzt werden?“

Diese Fragen standen im Mittelpunkt eines Gesprächs von Karin Evers-Meyer (Wahlkreis Friesland-Wilhelmshaven-Wittmund), Markus Paschke (Unterems) und mir mit Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit in Berlin.

Anlass und Grundlage unseres Gesprächs war eine Resolution der Ostfriesischen Inseln zur Änderung des Baugesetzbuches und der Baunutzungsverordnung.

In dieser werden die Eindämmung der Bebauung auf den Inseln sowie die Sicherung von bezahlbarem Dauerwohnraum für Insulaner und für Personal gefordert.

Ziel der Resolution ist es, dass Dauerwohnungen nicht in eigengenutzte Zweitwohnungen umgewandelt werden und dadurch die bestehende Bevölkerungsstruktur erhalten bleibt.



Markus Paschke, Karin Evers-Meyer (beide MdB) sowie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium, Florian Pronold und Johann Saathoff, MdB (v.l.)

Wir drei Abgeordnete machten deutlich, dass eine Änderung der Baunutzungsverordnung aus Sicht der Inselgemeinden erforderlich ist, da der Abriss alter Insulanerhäuser mit Dauerwohnungen und der Bau von Ferienwohnungen nahezu ungebremst weitergehen.

Staatssekretär Pronold schlug vor, einen kleinen Runden Tisch mit Vertretern aus den Kommunen, Landkreisen, des Landes und des Bundes einzurichten, um Informationen zu sammeln. „Wir erkennen das Problem und wollen uns um die Angelegenheit kümmern. Aber nur gemeinsam können wir Lösungsvorschläge erarbeiten“, sagte Pronold.

Dieses Gremium soll allerdings erst einberufen werden, wenn weitere Erkenntnisse zu dieser Thematik vorliegen, die die Fachkommission Städtebau in Zusammenarbeit mit dem Land Schleswig-Holstein erarbeiten will.

Der Termin für die erste Gesprächsrunde des kleinen Runden Tisches soll aller-

dings noch in diesem Jahr sein. Außerdem wollen wir das Thema in der SPD-Küstengang, einem Zusammenschluss sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter aus den fünf norddeutschen Ländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, thematisieren.

Im Gespräch mit dem Fischerei-Verband

Im Landwirtschaftsausschuss bin ich unter anderem für das Thema Fischerei zuständig. Daher habe ich mich gefreut, mein erstes offizielles Gespräch mit dem Deutschen Hochsee-Fischerei- und dem Deutschen Fischerei-Verband zu führen.

Die deutsche Hochseeflotte ist zwar mit acht Fangfahrzeugen nur noch sehr klein, sie agiert aber noch immer weltweit, z. B. vor den Küsten Afrikas. Die Hauptfanggebiete der kleinen und großen Fangschiffe liegen allerdings im Nordost-Atlantik, in der Nordsee und sehr viel in norwegischen Gewässern.

Die Küstenfischer, zu denen auch die Krabbenfischer zählen, sind ebenfalls im Deutschen Fischerei-Verband organisiert. Die EU hat im vergangenen Jahr ihre Gemeinsame Fischereipolitik neu aufgestellt, jetzt müssen national noch einige Regelungen angepasst werden.

Zum Beispiel dürfen bald keine Fische mehr zurückgeworfen werden. Dafür werden jetzt Rückwurf-Vermeidungspläne erarbeitet. Der Präsident des Deutschen Fischerei-Verbandes ist Holger Ortel. Er war bis zum September 2013 SPD-Abgeordneter aus Niedersachsen, genau wie ich heute.



Johann Saathoff, MdB, Claus Ubl (Dt. Fischereiverband), Dr. Uwe Richter (Präs. Hochseefischereiverband), Holger Ortel und Dr. Wilhelm Priesmeier, MdB (Agrarpol. Sprecher der SPD-Bundestagfraktion)

Abschlussveranstaltung des EIBO-Bewerbungstrainings

Auch in diesem Jahr haben insgesamt 51 Schülerinnen und Schüler des 9. Jahrgangs der HTG-Ihlow an 3 Tagen im Februar die Aktion „Bewerbungsgespräch für einen Ausbildungsplatz“ zur Persönlichkeitsstärkung und zur Verbesserung der Berufschancen absolviert. Schon damals war ich bei den simulierten Bewerbungsgesprächen als „potenzieller Arbeitgeber“ dabei. Nun war ich Gast bei der Abschlussveranstaltung, auf der die Ergebnisdokumente übergeben wurden.

Die korrigierten und bewerteten Bewerbungsunterlagen, das beim Bewerbungstraining aufgenommene etwa 25 Minuten dauernde Video, der Feedbackbogen mit den Anmerkungen der externen Firmenvertreter sowie der von EIBO erstellte Beratungsratgeber in gedruckter Form wurden den Teilnehmern überreicht. Die Schülerinnen und Schüler können nun zu Hause in aller Ruhe ihren Auftritt noch einmal ansehen, ihre Lücken schließen, an ihrem Auftreten beim Bewerbungsgespräch weiter arbeiten und so aus ihren Fehlern lernen.

Bei der Übergabe der Ergebnismappen waren alle anwesenden Firmenvertreter voll des Lobes für die Schülerinnen und Schüler der HTG, denen sie unisono ein sehr selbstbewusstes Auftreten bescheinigten; sie seien an der kooperativen Gesamtschule offensichtlich sehr gut auf den Start ins Berufsleben vorbereitet worden.

Bei meiner Ansprache nannte ich den erfolgreich wirtschaftenden Mittelstand in Deutschland als Hauptgrund, weshalb die Bundesrepublik die Weltwirtschaftskrise so gut überstanden habe. Dazu kommen gut motivierte und vor allem gut ausgebildete Mitarbeiter in den Unternehmen - ein Erfolg des dualen Systems.

Die schwierigste Phase im Leben eines Menschen ist der Übergang von der Schule in das Berufsleben, und gerade da setzt die Unterstützung durch den Verein EIBO an. Das ist eine tolle Aktion, die Zukunft hoffentlich auch noch vielen Schülerinnen und Schülern beim Start ins Berufsleben helfen wird.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des EIBO-Bewerbungstrainings mit ihren Ergebnisdokumenten

Zu Besuch bei EWD

Auf Einladung des Betriebsrates besuchte ich die Emdener Werft und Dockbetriebe (EDW).

Zunächst beglückwünschte ich die Kolleginnen und Kollegen zu den jüngst durchgeführten Betriebsratswahlen. Danach habe ich mir ein Bild von der Arbeit auf der Werft gemacht, die der Eigentümer Thyssen-Krupp seit knapp einem Jahr verkaufen will.

Die Vergabe großer Aufträge an die EWD ist ein Beweis für die hervorragende Arbeit, die dort geleistet wird. Erst kürzlich haben die EWD den Auftrag für eine große Instandsetzung des Marineversorgers „Frankfurt am Main“ durch die Marine erhalten.

Abschließend habe ich mit dem EWD-Betriebsrat vereinbart, die gute Zusammenarbeit auch in Zukunft so fortzuführen.



Johann Saathoff mit den Mitgliedern des Betriebsrates :
Michael Hehemann (IG-Metall), Frank Schönwälder, Matthias Arends, Carsten Iburg, Johann Saathoff (MdB), Vera de Vries und Betriebsratsvorsitzender Holger Stomberg (v.l.)

Gespräch mit dem BDM über die Zukunft der Landwirtschaft

Zu einem Gespräch über Chancen und Risiken in der Landwirtschaft trafen sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Johann Saathoff und der Landtagsabgeordnete Wiard Siebels mit Vertretern des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter (BDM).

Die BDM-Kreisvorsitzende Karin Mansholt hatte Wiard und mich zu dem Gespräch eingeladen, da wir beide im Landwirtschaftsausschuss tätig sind. Gesprächsthemen waren unter anderem die auslaufende Milchquotenregelung, Flächenknappheit, Grünlandschutz und die Gänseproblematik. Ich machte deutlich, dass die Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik in Deutschland für einige Landwirte in Ostfriesland einen enormen Anpassungsbedarf bedeute. Der Schutz von Dauergrünland ist aber für alle Agrarpolitiker in Deutschland ein wichtiges Ziel. Darüber hinaus wurden mit der Ausweisung ökologischer Vorrangflächen und der Besserstellung kleinerer Betriebe Schritte hin zu einer Diversifizierung der Landwirtschaft getan.

Zum Thema Flächenknappheit wurde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingerichtet, die Handlungsoptionen u.a. auch zur Frage der Kapitalbeteiligungen nichtlandwirt-

schaftlicher Investoren an landwirtschaftlichen Unternehmen erarbeiten soll. Ein Zwischenbericht soll es im Herbst geben.

Wiard begrüßte die Bereitschaft der Landwirte zum weiteren konstruktiven Dialog, wenn es um die künftige Ausgestaltung von Vertragsnaturschutzmaßnahmen gehe. Abschließend vereinbarten wir, weiterhin in Kontakt zu bleiben.



Wiard Siebels, MdL, und Johann Saathoff, MdB, mit Vertretern des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter (BDM)

2. MKW-Aktionstage in Großefehn

Am 14. und 15. Juni fanden in Großefehn die 2. MKW-Aktionstage der Abfallwirtschaft im Landkreis Aurich statt.

Bei bestem Wetter fanden tausende Besucher den Weg auf das Firmengelände der Materialkreislauf- und Kompostwirtschaft in Mittegrosbefehn. Rund 120 Aussteller präsentierten sich, es gab tolle Wettbewerbe und Vorführungen wie das Fassspritzen oder das Müllautoziehen, ein Fußballturnier oder die Sternfahrt der Fahrradfahrer. Als stellvertretender Agrarsprecher musste ich mich natürlich an der Kuh beweisen. Es waren zwei tolle Tage und die Veranstaltung ein voller Erfolg.



Johann Saathoff, MdB, mit Bürgermeister Olaf Meinen (Großefehn) und Wiard Siebels, MdL.



Praktikantenprogramm der SPD-Bundestagsfraktion

Jedes Jahr machen hunderte junger Menschen ein Praktikum bei den Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion.

Die SPD hat für diese Praktikanten ein eigenes Programm eingerichtet, bei dem die Praktikanten Ministerien und andere Institutionen besuchen und Gespräche mit den Abgeordneten führen. Im Rahmen des Programms hatte auch ich kürzlich die Gelegenheit, mit ca. 40 Praktikantinnen und Praktikanten über das EEG zu sprechen.

Es war schön mit jungen Menschen zu diskutieren, deren Meinung nicht durch das politische Berlin geprägt ist. Sie können Ansichten vortragen, die mit parteipolitischen Grundsätzen eigentlich nicht vereinbar sind und zeigen manchmal eine ganz unkonventionelle Sicht der Dinge auf.

Für mich war dieses Gespräch eine schöne Abwechslung und ich freue mich schon auf die nächste Praktikantenrunde.



Als Botschafterin der Ostfriesen in die USA

Die 16-jährige Heinke Freimuth aus Aurich fliegt im August im Rahmen des Parlamentarisches Patenschafts-Programms (PPP) des Deutschen Bundestages für ein Jahr in die USA. Sie wird das Jahr bei einer Familie in Illinois verbringen, dort zur Schule gehen und ein ganz normales Jahr im Leben eines Teenagers führen.

Jeder Bundestagsabgeordnete kann jedes Jahr einen jungen Menschen in die USA schicken.

Heinke nutzte die Visum-Beantragung beim Auswärtigen Amt in Berlin für einen Besuch bei mir als ihrem „Paten“. Da einer meiner Söhne selbst mal für ein Jahr in den USA lebte, konnte ich Heinke und ihrer Mutter ein paar hoffentlich wertvolle Tipps mit auf den Weg geben. Mein Auftrag an Heinke Freimuth lautet, Deutschland und spe-

ziell Ostfriesland in den USA angemessen zu repräsentieren. Heinke und ich haben vereinbart, im nächsten Jahr regelmäßig in Kontakt zu bleiben, damit ich ihr Sein und Handeln in den USA verfolgen kann.



Heinke Freimuth und Johann Saathoff, MdB, auf der Kuppel des Reichstagsgebäudes.

Kontakt Wahlkreisbüro:

Wahlkreisbüro Johann Saathoff, MdB
Burggraben 46, 26506 Norden
Tel: 04931 - 4417
Fax: 04931- 930 16 73
johann.saathoff.ma03@bundestag.de

Kontakt Büro Berlin:

Johann Saathoff, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 - 227 - 73 155
Fax: 030 - 227 - 70 155
johann.saathoff@bundestag.de



Impressum

Büro Johann Saathoff, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-73155/-70155
Johann.saathoff@bundestag.de | www.johann-saathoff.de

Redaktion

Sabine Zimmermann, Kornelia Urban und Torsten Stein